

## NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

**Sitzungsnummer:** JHA/03/2010  
**Gremium:** Jugendhilfeausschuss  
**Tag:** Dienstag, 25.05.2010  
**Ort:** Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201  
**Beginn:** 16:00 Uhr

### A. TAGESORDNUNG

---

#### I. Öffentlicher Teil

---

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Anliegen der Jugendräte
4. Bündnis für Familien
5. Stand der Umsetzung des KiBiz
6. Entwicklung eines Bildungsnetzwerkes in der Bildungsregion Hagen  
Abschluss eines Kooperationsvertrages mit dem Land Nordrhein-Westfalen  
Vorlage: 0152/2010
7. Zwischenbericht Konjunkturpaket II,  
Verwendung freier Mittel  
Vorlage: 0412/2010
8. Einsparung von 158.000 € bei den Budgetverträgen mit den freien Trägern der  
Wohlfahrtspflege (Auftrag aus dem 1. Sparpaket)  
Vorlage: 0456/2010
9. Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung 2010/ 2011 bis 2013/ 2014  
Vorlage: 0441/2010
10. Familienzentren in Hagen  
Vorlage: 0436/2010
11. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates

## **B. SITZUNGSVERLAUF**

---

### **I. Öffentlicher Teil**

---

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

#### **1. Feststellung der Tagesordnung**

Herr Strüwer begrüßt die Anwesenden zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

Er weist auf den erfolgten Nachversand hin, bei dem die Vorlage – Einsparung bei den Budgetverträgen mit den freien Trägern - zu TOP 8 und eine Vorlage zu einer Erweiterung der Familienzentren in Hagen verschickt worden seien. Das Einverständnis der Ausschussmitglieder voraussetzend, schlägt er vor, die Vorlage zu den Familienzentren unter TOP 10 zu behandeln.

Des Weiteren teilt er mit, dass sich Frau Burghardt, Herr Waßmuth und Frau Walter vom Bündnis für Familien für die heutige Sitzung entschuldigt hätten.

#### **2. Mitteilungen**

keine

#### **3. Anliegen der Jugendräte**

Frau Fischer berichtet, dass an den Schulen die Infoveranstaltungen der Jugendräte zu den Neuwahlen stattgefunden hätten. Diese seien gut angenommen worden. Man erhoffe sich dadurch eine verbesserte Resonanz.

Zu der Anfrage aus der letzten Sitzung erklärt sie, dass die neuen Räumlichkeiten nicht als optimal empfunden würden. Es sei jedoch im Moment keine Alternative in Sicht.

Frau Grüger berichtet von zwei Veranstaltungen, bei denen der Jugendrat vertreten gewesen sei; einmal bei der Veranstaltung im Karl-Ernst-Osthaus-Museum „Schule gegen Rassismus“ und „Schule mit Courage“ und bei dem Kinderfest auf dem Europafest.

Weiterhin verabschiedet sie sich von den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses. Dies sei ihre letzte Sitzung, weil sie nach erfolgreichem Abitur bald aus Hagen wegziehe.

Herr Strüwer bedankt sich für das gezeigte Engagement und wünscht ihr alles Gute für die Zukunft.

**4. Bündnis für Familien**

entfällt

**5. Stand der Umsetzung des KiBiz**

entfällt

**6. Entwicklung eines Bildungsnetzwerkes in der Bildungsregion Hagen  
Abschluss eines Kooperationsvertrages mit dem Land Nordrhein-Westfalen  
Vorlage: 0152/2010****Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Dr. Schmidt erläutert die Vorlage.

Herr Strüwer fragt, ob die Landesregierung in jedem Fall an diesem Konzept eines Bildungsnetzwerkes festhalten werde. Sei dieses Projekt einvernehmlich auf Landesebene gelaufen? Seien schon entsprechende Verträge mit anderen Kommunen abgeschlossen worden?

Herr Dr. Schmidt antwortet, dass man bis jetzt gezögert habe. Man sei von der Bezirksregierung noch einmal auf die Sache angestoßen worden. Man habe trotz Konsolidierung Einvernehmen mit der Bezirksregierung erzielt. Diese Bildungsnetzwerke seien bereits in vielen Städten und Kreisen schon eingerichtet worden, so dass man zu den letzten Kommunen gehöre, die sich diesem Projekt anschließen.

Frau Helling hält die Maßnahme für sehr sinnvoll, möchte aber wissen, woher die Stadt Hagen den Eigenanteil in Höhe von 15.600 € nehmen wolle.

Herr Losch möchte wissen, ob das Land die andere Hälfte der Kosten übernehme. Wie langfristig sei der Vertrag, der abgeschlossen werden solle?

Herr Steuber erläutert dazu, dass es sich um die fiktiven pauschalen Kosten eines Arbeitsplatzes handele, die mit einem Betrag in Höhe von 15.600 € fiktiv festgeschrieben würden. Es sei geplant, diese Aufgabe bei der Stadt Hagen bei dem Sachbearbeiter, der für den Offenen Ganzttag zuständig sei, zusätzlich anzusiedeln. Es werde nicht zu einer personellen Mehrausstattung bei der Stadt Hagen kommen. Dem Mustervertrag sei zu entnehmen, dass der Vertrag jederzeit gekündigt werden könne.

Herr Fischer hält Vernetzung in diesem Bereich grundsätzlich für sinnvoll, weist aber darauf hin, dass es bereits einige Gruppen gebe, die sich vernetzend betätigten. Man scheitere in der Regel daran, dass Konzepte nicht umsetzbar seien. Es müsse daher sichergestellt sein, dass diejenigen, die daran arbeiteten, bei

der Konzepterstellung beteiligt würden.

Herr Dr. Schmidt bestätigt, dass genau das anfangs seine Befürchtungen gewesen seien. Man müsse die Netzwerke, die bereits tätig seien, mitnehmen und deren Arbeit für das Bildungsnetzwerk nutzen.

Herr Grzeschista bewertet die Entwicklung eines Bildungsnetzwerkes positiv. Man müsse jedoch eine Aufstellung machen, welche Organisationseinheiten es mittlerweile in diesem Bereich gebe. Für den Bereich „Übergang Kita – Schule“ regt er an, die Kindergartenträger mit einzubeziehen.

Herr Goldbach bestätigt, dass Voraussetzung bei den gemachten Überlegungen gewesen sei, zu schauen, was denn in diesem Bereich schon gemacht würde. Man habe sich auf die Punkte der Übergänge zwischen den Systemen leiten lassen und festgestellt, dass man nicht am Anfang stehe und es daher Sinn mache, sich mit Landeshilfe zu verstärken, ohne Gefahr zu laufen, dass man zusätzliche Aufwendungen generiere, die nicht zu finanzieren seien.

Herr Strüwer stellt fest, dass ein eindringlicher Appell an die Verwaltung gerichtet worden sei, bei Ausgestaltung des Bildungsvertrages zu schauen, wo die spezifischen Hagener Handlungsfelder seien und wo Handlungsbedarf bestehe. Dann könnten die Aufgabenfelder auf das Notwendige reduziert werden. Die Etatisierung des Betrages in Höhe von 15.600 € an Habit sollte in diesem Zusammenhang verwaltungsseitig auch noch einmal abgeklärt werden.

Er lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

### **Beschluss:**

Mit dem Land Nordrhein-Westfalen soll ein Kooperationsvertrag entsprechend der Anlage 1 abgeschlossen werden.

Der Beschluss ist bis zum 01.08.10 umzusetzen.

### **Abstimmungsergebnis:**

- |                                     |                               |
|-------------------------------------|-------------------------------|
| <input type="checkbox"/>            | Einstimmig beschlossen        |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen      |
| <input type="checkbox"/>            | Einstimmig abgelehnt          |
| <input type="checkbox"/>            | Mit Mehrheit abgelehnt        |
| <input type="checkbox"/>            | Abgelehnt bei Stimmgleichheit |
| <input type="checkbox"/>            | Ohne Beschlussfassung         |
| <input type="checkbox"/>            | Zur Kenntnis genommen         |
| <input type="checkbox"/>            |                               |

Dafür: 12  
Dagegen: 1  
Enthaltungen: 1

**7. Zwischenbericht Konjunkturpaket II,  
Verwendung freier Mittel  
Vorlage: 0412/2010**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Reinke erklärt, dass bei der umfangreichen Diskussion in dieser Angelegenheit im Schulausschuss im letzten Jahr beschlossen worden sei, die Sporthalle der Karl-Ernst-Osthaus Grundschule energetisch zu erneuern und in die Maßnahmenliste zu übernehmen. Diese Maßnahme sei dann endgültig nicht mehr in der Vorlage erschienen. Von daher halte er es für sinnvoll, dass der Jugendhilfeausschuss eine Empfehlung an den Rat der Stadt Hagen ausspreche, die obige Maßnahme in Halden zu berücksichtigen.

Herr Strüwer macht deutlich, dass dies der Diskussion entspreche, die im Haupt- und Finanzausschuss geführt worden sei. Die Verwaltung habe in diesem Zusammenhang den Hinweis gegeben, dass das von Herrn Reinke dargestellte Projekt möglicherweise über zusätzliche Mittel aus dem Konjunkturpaket finanziert werden könne. Die bereits festgelegten Projekte sollten dabei nicht in Frage gestellt werden.

Er schlägt vor, den Vorschlag von Herrn Reinke in den Beschlussvorschlag mit aufzunehmen.

Herr Dücker stellt sich die Frage, was die Themen Schule und Sport mit diesem Ausschuss zu tun hätten. Er könne die Motivation nicht nachvollziehen.

Herr Strüwer verweist in diesem Zusammenhang auf die Verbindung zum Offenen Ganztage. Er habe sich nur auf die Diskussion aus dem Haupt- und Finanzausschuss bezogen.

Herr Reinke berichtet über den Verlauf der Ereignisse bezüglich dieser Maßnahme.

Er wolle nun sowohl in dieser Sitzung als auch in der Sitzung des Rates versuchen, diese bereits beschlossene Maßnahme in die Gesamtliste hineinzubekommen.

Frau Helling merkt an, dass sie es für sinnvoller hielte, diese Forderung in der Ratssitzung zu stellen.

Herr Strüwer erläutert den Hintergrund der Diskussion. Es sei im Rahmen des Konjunkturpaketes II zusätzlich Geld freigeworden. Dieses Geld habe bis vor ein paar Wochen als bereits für andere Projekte verausgabt gegolten. Über die Verwendung dieser zusätzlichen Mittel müsse jetzt politisch entschieden wer-

den. Die Verwaltung habe einen Vorschlag gemacht, der hier zur Debatte stehe. Vier Kindertagesstätten seien berücksichtigt worden. Darüber hinaus habe es in einer Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses eine Diskussion darüber gegeben, in der auch über den Bereich der Sporthalle der Karl-Ernst-Osthaus Grundschule gesprochen worden sei. Dort sei die Anregung gemacht worden, für dieses Projekt nach Maßnahmen zu suchen, um es zusätzlich zu realisieren.

In seiner Doppelfunktion einerseits im Haupt – und Finanzausschuss und gleichzeitig als Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses wäre es naheliegend gewesen, die Ausschussmitglieder darüber zu unterrichten, um auch für die Ratssitzung entsprechende vorbereitenden Beschlüsse herbeizuführen.

Er lässt getrennt über den ursprünglichen Beschlussvorschlag und den Zusatzantrag von Herrn Reinke abstimmen.

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Hagen beschließt die Durchführung der folgenden Maßnahmen gemäß Investitionsförderungsgesetz NRW.

Aus dem Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur die energetischen Sanierungen der

Kindertagesstätte Eugen-Richter-Straße	575.000 €
Kindertagesstätte Konkordiastraße 19	475.000 €
Kindertagesstätte Konkordiastraße 21	100.000 €
Kindertagesstätte Poststraße	155.000 €

und aus dem Schwerpunkt Infrastruktur die Maßnahmen

Neubau Toilettenanlage Innenstadt	120.000 €
Winterschädenbeseitigungen Straßen	630.000 €.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

Dafür:	<u>14</u>
Dagegen:	<u>0</u>
Enthaltungen:	<u>0</u>

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadt Hagen, die bereits beschlossene Maßnahme „Sporthalle Grundschule Karl-Ernst-Osthaus in Halden“ mit aufzunehmen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

Dafür:	<u>12</u>
Dagegen:	<u>0</u>
Enthaltungen:	<u>2</u>

8. **Einsparung von 158.000 € bei den Budgetverträgen mit den freien Trägern der Wohlfahrtspflege (Auftrag aus dem 1. Sparpaket)**  
Vorlage: 0456/2010

#### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Dr. Schmidt erläutert die Vorlage.

Er äußert seine Anerkennung für die Arbeit der Arbeitsgemeinschaften. Die Verwaltung mache hier einen Verfahrensvorschlag, insoweit, als dass diese Einsparvorschläge mit in das zweite Sparpaket integriert werden sollten. Der entsprechende Betrag in Höhe von 158.000 €, der eigentlich bereits in diesem Jahr hätte eingespart werden sollen, sei im Haushalt 2010 bereitgestellt. Dies sei einvernehmlich mit dem Kämmerer geregelt. Strittig möge sein, dass die Verwaltung ermächtigt werde, die Verträge zu kündigen. Nachdem die Verträge über einen Zeitraum von über 10 Jahren liefen, habe man beschlossen, einen Schnitt zu machen und zum 01.01.2011 neue Verträge mit den dann vom Rat beschlossenen Sparvorgaben aus dem 2. Sparpaket abzuschließen. Hierbei seien ein paar Übergangsregelungen zu treffen.

Frau Biedermann fragt, wie die Arbeitsgruppen entstanden seien.

Herr Dr. Schmidt antwortet, dass sich die Fraktionen bereit erklärt hätten, die Arbeitsgruppen zu leiten. In den Arbeitsgruppen seien Verwaltung und alle betroffenen Träger vertreten. Es handele sich um eine offene Arbeit.

Auf Wunsch von Frau Biedermann erklärt Herr Dr. Schmidt, dass er ihr die entsprechende Liste mit den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaften gern zur Verfügung stellen könne.

Herr Strüwer weist darauf hin, dass einige Arbeitsgruppen noch nicht zum Abschluss gekommen seien. In der Arbeitsgemeinschaft, der er vorstehe, gehe es um die Offene Kinder- und Jugendarbeit. Man habe sich darauf verständigt, dass man diesen Bereich zunächst vorab berate und dann auch begleite mit den Diskussionen und der Schlussfassung des Jugendförderplans. Zusätzlich sei der Wunsch an ihn gerichtet worden, auch den Bereich der Erziehungsberatung, der ambulanten Erziehungshilfen, der schulpsychologischen Beratung sowie des Kinderschutzbundes mit in diese Diskussionsrunde einzubeziehen. Das werde er dann am 16.06.2010 zusätzlich mit einbringen. Man werde auch die Entscheidung aus dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung, der am 14.06.2010 tagte, mit einbinden können. Er hoffe, dass man diesen Arbeitsbereich zum 16.06.2010 zu Ende führen könne.

Er fragt Herrn Haensel, ob er damit einverstanden sei, dass noch zwei Vertreter des Jugendrings in diese Arbeitsgruppe aufgenommen würden. Dieser Wunsch sei an ihn herangetragen worden.

Herr Haensel ist der Meinung, dass man sich über jeden freuen könne, der bereit sei, mitzuarbeiten.

Herr Reinke erklärt, dass man ihm den Vorsitz der Arbeitsgemeinschaft 3 angeboten habe. Ziel sei es, in der Sitzung, die am übernächsten Tag stattfindet, bereits zu Vorschlägen zu kommen. Er zeigt sich irritiert über den ersten Punkt

des Beschlussvorschlages, in dem die Verwaltung beauftragt werden solle, dem Rat bis zum Ende des Jahres 2010 den abschließenden Bericht vorzustellen. Er sei immer davon ausgegangen, dass der 31.05.2010 als Frist vorgesehen sei.

Herr Dr. Schmidt führt aus, dass nach der Sommerpause die Diskussion über Sparvorschläge und über neue Verträge losgehe. Das ganze Sozial- und Jugendhilfepaket mit Trägern solle Ende des Jahres stehen. Dem Rat solle bis zu diesem Zeitpunkt abschließend die neue Situation mit entsprechenden Vertragspartnern, Verträgen und Sparmaßnahmen präsentiert werden.

Herr Reinke möchte wissen, ob die Kündigung der Verträge mit den Verbänden einvernehmlich abgesprochen sei.

Herr Haensel ist der Meinung, dass es insgesamt eine schwierige Situation sei. Er erklärt, dass er, ohne mit den Kollegen vorab gesprochen zu haben, anbieten könne, das alte Verfahren noch einmal aufzugreifen und eine Reduktion der Kündigungszeit zu avisieren. Anstelle des 30. Juni könne man den 30.09.2010 oder den 31.10.2010 wählen. Dadurch gewinne man sehr viel Zeit und könne den Druck aus der Sache nehmen.

Herr Strüwer erklärt, dass der Druck der Kündigungen mehrfach durch Verschieben der Kündigungsfristen rausgenommen worden sei. Die gebildeten Arbeitsgruppen seien teilweise schon zum Abschluss gekommen und es sei daher angemessen, den Terminplan einzuhalten. Wenn sich im Rahmen der weiteren Beratung etwas anderes ergäbe, könne man noch entsprechend reagieren.

Herr Haensel ist der Meinung, dass die Angemessenheit der Sache von dem Blickwinkel abhängen, von dem aus man diese betrachte. Man habe hier auf der einen Seite die Suchbewegung, wo sich Synergien erzielen ließen, was man einsparen könne und was sich im Verbund anders organisieren lasse. Die andere Seite, was von der Fachverwaltung noch an Einsparmaßnahmen vorgestellt werde, kenne man noch nicht. Das sei für die Träger nicht unerheblich. Hier rede man zum Beispiel im Moment über die dritte Fachkraftstelle im Bereich Wohnungslosenhilfen. Dort würde möglicherweise die komplette Struktur in Frage gestellt. Dort sei bei langfristigen Beschäftigten bei Kündigung der Verträge möglicherweise sogar die Folge, dass man die Beschäftigtenverhältnisse kündigen müsse. Das sei eine sehr gravierende Auswirkung.

Herr Dücker erklärt, dass Herr Haensel die Problematik für die Verbände anschaulich dargelegt habe. Die Fakten dürften nicht gesetzt werden, ohne für die Verbände wenigstens eine kleine Perspektive aufzuzeigen. Diese müsse den Verbänden auch bekannt sein, um agieren zu können. Aus seinem Arbeitskreis 1 könne er berichten, dass man aufgrund der hervorragenden Vorarbeit der Verwaltung zu einem Ergebnis gekommen sei, dass starke Einsparungen aufgezeigt werden. Gleichzeitig habe man deutlich gemacht, dass dies auch das zweite Sparpaket bereits mit beinhalte.

Herr Steuber weist darauf hin, dass die Ergebnisse, die heute präsentiert wür-

den, einvernehmlich zwischen Verbänden, Trägern der Wohlfahrtspflege, Politik und Verwaltung zustande gekommen seien. Das werde ein Teil des Vorschlagspaketes sein. Da dies aber nicht ansatzweise reiche, die Beschlüsse des Rates und der Zukunftskommission umzusetzen, werde man darüber hinausgehende Vorschläge machen müssen, um das zu erreichen. Als Ratsmitglied müsse man jetzt überlegen, ob man mit dem vorgeschlagenen Zeitplan, zum 30.09.2010 Klarheit zu schaffen, auskomme. Die Verwaltung werde ihre Vorschläge bis zum 31.05.2010 vorlegen. Er gehe davon aus, dass die Beratung der Sparmaßnahmen sich bis zum Ende des Jahres hinziehen werde. Dann habe man noch weniger Zeit, um mit den Verbänden darauf zu reagieren. Es hielte es für ehrlicher und konsequenter, jetzt zu entscheiden und den Punkt zum 30.06.2010 zu setzen. Die von Herrn Haensel aufgezeigten Konsequenzen wären jetzt eher einzuleiten, als darauf zu warten. Die Entscheidungen seien nach seinem Empfinden bis jetzt einvernehmlich gelaufen.

Herr Strüwer erklärt, dass man sich seit gut zwei Jahren in Beratungen zu diesem Thema befinde. Man habe auch immer großzügige Fristen gesetzt. Letztendlich werde der Rat darüber entscheiden. Die Zielsetzung, zum 01.01.2011 zu neuen Budgetverträgen zu kommen, sei geboten und nachvollziehbar, wenn man die gesamte Spardiskussion in dieser Stadt auch zeitgleich in anderen Bereichen zum 01.01.2011 anstoßen wolle.

Herr Dr. Schmidt schlägt ergänzend vor, dem Rat der Stadt Hagen zu seiner Sitzung am 10.06.2010 eine Stellungnahme der Träger zukommen zu lassen.

Herr Haensel bedankt sich für den Vorschlag. Er hält diesen für sinnvoll. Die Träger hätten das Problem, dass sie dahingehend ein Informationsdefizit hätten, nicht zu wissen, was zum 31.05.2010 vorgeschlagen werde.

Herr Dr. Schmidt informiert, dass man sich am 18.06.2010 in einer Klausurtagung des Verwaltungsvorstandes mit den Vorschlägen beschäftigen werde. Die Ergebnisse würden dann in eine Ratsvorlage eingearbeitet.

Herr Strüwer befürwortet den Vorschlag von Herrn Dr. Schmidt, der den Wohlfahrtsverbänden die Möglichkeit eröffne, auf der Grundlage dessen, was zum 31.05.2010 vorgeschlagen werde, ihren Standpunkt nochmals darzulegen.

Er lässt über den erweiterten Beschlussvorschlag abstimmen.

### **Beschluss:**

1. Der Bericht der Verwaltung über die Ergebnisse der Arbeitsgruppen wird zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat bis Ende des Jahres 2010 den abschließenden Bericht vorzustellen.
2. Die Budgetverträge mit den freien Trägern werden bis zum 30.6.2010 mit Wirkung zum 31.12.2010 gekündigt. Ab 1.1.11 sind neue Verträge abzuschließen.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, die in den Arbeitsgruppen erkannten Einsparpotentiale in das Maßnahmenpaket zum 2. Sparpaket einzuarbeiten.
4. **Den Verbänden wird Gelegenheit gegeben, zur Ratssitzung am 10.06.2010 eine Stellungnahme abzugeben.**

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig beschlossen

Dafür: 4  
Dagegen: 0  
Enthaltungen: 10

9. **Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung 2010/ 2011 bis 2013/ 2014**  
**Vorlage: 0441/2010**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Haack erläutert die Vorlage.

Herr Strüwer erklärt, dass die Vorlage aufzeige, welche intensive und schwierige Arbeit darin stecke. Er habe die Hoffnung, dass diese Kindergartenbedarfsplanung wie in den vergangenen Jahren in wesentlichen Teilen eine Punktlandung erreiche.

Es würden in dem Zeitraum bis 2014 auch Gruppen und Einrichtungen geschlossen werden. Es ginge dabei darum, dem demographischen Wandel gerecht zu werden.

Der gesamte Bereich beinhalte einen Etat in Höhe von 34 Millionen Euro. Davon betrage der Eigenanteil ca. 16 Millionen Euro. Es sei für die Beratung im Jugendhilfeausschuss nicht günstig, dass die Vorschläge aus den Bezirksvertretungen hier nicht einfließen könnten. Die Beschlüsse aus den Bezirksvertretungen würden dann noch zu der Ratssitzung am 10.06.2010 gebündelt werden müssen. Sein Vorschlag sei, dass der Ausschuss das in dem Fall umsetze, wenn eklatante Dinge aufträten.

Frau Klos-Eckermann bedankt sich bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Hier habe jeder der Ausschussmitglieder die Gelegenheit, für seinen Sozialraum zu schauen. Sie sei auch erleichtert, dass man sich in Hagen in diesem Bereich in dieser Form positioniere und in der Entwicklung weitergehe. Sie sähe aber auch eine starke Belastung, die auf die Erzieher und auch auf die Kinder zukomme. KiBiz habe ja auch nicht gerade zur personellen Entlastung beigetragen. Sie erinnert an ihre Anfrage aus der letzten Jugendhilfeausschusssitzung bezüglich der Jahrespraktikantenstellen, aus denen sich die Stadt zurückziehe. Diese hätten bisher zur Entlastung der Erziehungsarbeit beigetragen. Sie

bäte darum, dies im Auge zu behalten.

Herr Reinke hat eine Frage zu der Logik der Tabellen in der Vorlage. Er habe die Systematik nicht nachvollziehen können.

Frau Haack versucht, anhand des genannten Beispiels die Systematik zu verdeutlichen.

Herr Strüwer macht deutlich, dass im Rahmen der Kindergartenbedarfsplanung natürlich immer dann die Wellen hochschlagen, wenn Einrichtungen reduziert würden durch Gruppenschließungen oder ganze Einrichtungen geschlossen würden. Er bittet Frau Haack, die geplanten Maßnahmen im Einzelnen darzustellen und zu erläutern, nach welchen Kriterien vorgegangen worden sei. Inwieweit könne die Nachfrage für entsprechende Plätze in dem Sozialraum der Einrichtung weiterhin erfüllt werden? Könne man der Nachfrage durch das Angebot in anderen Einrichtungen gerecht werden?

Frau Haack kommt der Bitte nach und erläutert die Hintergründe bei den fünf Kindertageseinrichtungen, die geschlossen werden sollen.

- Die Schließung der Kindertagesstätte Selbecker Straße erfolge aufgrund der Tatsache, dass man im Bereich Eilpe / Delstern einen Überhang bei der U-3 –Betreuung habe. Außerdem würde die Einrichtung aufgrund ihres baulichen Zustandes eine erhebliche Investition erfordern.
- Bei der Kindertagesstätte Jahnstraße gehe es darum, dass man vor zwei Jahren geplant habe, die Einrichtung in der Piepenstockstraße zu schließen. Das sei nicht umgesetzt worden. Aufgrund dessen herrsche in dem Sozialraum ein Überangebot. Da die Einrichtung Piepenstockstraße weiter bestehen bleiben solle, sei an anderer Stelle abzubauen. In Hohenlimburg bestehe weiterhin die Schwierigkeit, dass es dort viele Elterninitiativen und somit kleine Einrichtungen gebe. Wenn man dort von einer zweigruppigen eine Gruppe wegnähme, würde man deren Existenz gefährden. Sie lobt das Engagement der Elterninitiativen. Es sei bisher noch keine Elterninitiative an die Stadt mit finanziellen Bedarfen herangetreten. Aus dem Grund habe man sich für die Schließung der Einrichtung in der Jahnstraße entschieden.
- Bei der Boeler Straße handele es sich um eine eingruppige Einrichtung. Diese sei von Anfang an ein Provisorium und mittlerweile auch baufällig und absolut ungeeignet.
- Bei der Einrichtung in der Unteren Lindenstraße hätten sich Veränderungen in Vorhalle ergeben. Es gebe nun dort ein größeres Angebot. Die Einrichtung sei auch von Anfang an nicht geeignet gewesen. Diese sei auch nur beschränkt nutzbar.
- Die Schließung der eingruppigen Einrichtung in der Tondernstraße sei Ergebnis der Ausweitung einer Gruppe in der Einrichtung in der Lützow-

straße. Voraussetzung sei hier jedoch die Zustimmung der Kommunalaufsicht, da die Einrichtung in der Lützowstraße einen Investitionskostenzuschuss benötige und eine Gruppe städtischerseits dauerhaft gefördert werden solle.

Herr Strüwer stellt fest, dass es sich bei den dargestellten Einrichtungen nur um städtische Einrichtungen handle. Als einzige Einrichtung freier Träger werde in dem Zeitraum die der evangelischen Stadtkirchengemeinde in der Böhmerstraße geschlossen.

Herr Dr. Schmidt weist darauf hin, dass die vorgestellte Planung nicht zwangsläufig so ausgeführt werden müsse, sondern an die Entwicklungen angepasst werde. Die Planungen seien nur mit einer Arbeitsverdichtung der Erzieher und Erzieherinnen machbar. Die Umsetzung sei in einer Nothaushaltskommune dem Engagement dieser Mitarbeiter geschuldet.

Herr Steuber macht deutlich, dass auch personalwirtschaftliche Zwänge zu Einsparungen in diesen Bereiche führten. Ihn habe heute ein Schreiben der evangelischen Kirchengemeinde Dahl erreicht, die sich nicht mehr in der Lage sähen, den Trägeranteil aufzubringen. Begründet werde dies unter anderem mit der gesunkenen Kirchensteuerzuweisung. Er habe den Inhalt des Schreibens dahingehend interpretiert, dass spätestens mit Ablauf des Kindergartenjahres 2010/2011 die Mittel aufgebraucht seien.

Hier gebe es Ergänzungsbedarf bei den dargestellten Trägeranteilen in Form freiwilliger Leistungen auf Seite 9 der Vorlage.

Weiterhin läge ihm ein Schreiben vom 19.05.2010 des evangelischen Kirchenkreises Hagen mit dem Antrag vor, ab dem Kindergartenjahr 2011/12 hinsichtlich der Paulus-Kirchengemeinde in Wehringhausen drei Gruppenanteile zu übernehmen und ab dem Kindergartenjahr 2012/13 bei der Kirchengemeinde Vorhalle für eine Gruppe den Trägeranteil zu übernehmen. Es handle sich hier also um fünf Gruppen, für die die Stadt den Trägeranteil übernehmen solle. Auf Initiative des evangelischen Kirchenkreises gebe es morgen eine Gesprächsrunde zum Thema „Närrischer Reichstag“. Das Projekt sei noch nicht ad acta gelegt.

Frau Schwertfeger erläutert, dass in ihrer Gemeinde ab dem Haushaltsjahr 2012 ein Drittel der Kirchensteuereinnahmen wegfallen würden. Die Trägeranteile könnten dann nicht mehr aufgebracht werden. Sie vermute, dass es anderen Gemeinden entsprechend gehe. Aus diesem Grunde würde die Planung aufgrund der sich ergebenden Veränderungen fortgeschrieben werden müssen.

Herr Fischer fragt, ob in Bezug auf die Erbringung sogenannter freiwilliger Leistungen schon einmal in Arnsberg nachgefragt worden sei. Was passiere denn, wenn diese Trägeranteile nicht übernommen werden dürften und die Stadt selber in eine Trägerschaft eintreten müsse? Was würde dies für die Kostenseite bedeuten?

Frau Klos-Eckermann bedauert, dass die Schließungen die ureigensten Sozialräume betreffen. Sie nimmt Bezug auf die Vorhaller Einrichtung, die geschlossen werden soll.

Sie fragt nach die auf Seite 9 dargestellte Übernahme von Trägeranteilen für die Yorckstraße ab 2011. Bei anderen Einrichtungen, bei denen es auch um drei Gruppen gegangen sei, habe dort immer ein deutlich höherer Betrag gestanden. Sei der Trägeranteil eventuell anstatt für drei nur für eine Gruppe?

Herr Steuber klärt auf, dass es sich hier um unterschiedliche Personalstrukturen handelt und somit alles seine Richtigkeit habe.

Herr Dr. Schmidt antwortet auf die Grundsatzfrage von Herr Fischer, dass die Struktur und die damit verbundene Trägervielfalt beibehalten werden solle. Er hoffe und gehe davon aus, dass der Regierungspräsident diese Frage weniger nach dem § 82 GO beurteilen werde als nach der Frage, was am Ende kostengünstiger sei.

Er bäte in diesem Zusammenhang um endgültige Vorschläge der Vertreter der Kirchengemeinden und Verbände in Bezug auf Übernahme der Trägeranteile, da man andernfalls nie von einem endgültigen Stand ausgehen könne.

Herr Strüwer erinnert daran, dass man zu Zeiten des GTKs erhebliche Eigenanteile seitens der Stadt übernommen habe. Damals habe man die klare Vereinbarung gehabt, dass man nicht mit jeder Einrichtung in Verhandlung trete, sondern dass mit Trägerverbänden verhandelt werde. Das sei eine sinnvolle Regelung gewesen. Er appelliert an die Träger, dieses Verfahren wieder aufzugreifen. Anders werde man zu keiner Lösung kommen. Es ergebe sich auch aus der Notwendigkeit heraus, dass es klare Förderungsmodalitäten geben müsse. Das sei für ihn aus dieser Vorlage heraus nicht so eindeutig. Das könne nur auf der Grundlage der Spitzabrechnung von KiBiz erfolgen. Es müsse objektiv nachvollzogen werden können, welche Bilanzen man in einem Kindergartenjahr als Abschluss vorzulegen habe. Man müsse zum Beispiel auch Einblicke in Kirchensteuerschätzungen bekommen. Nur auf dieser Basis könne man zu vernünftigen Lösungen kommen. Diese Thematik sei nicht bis zum Ratsbeschluss im Juni aufzuarbeiten. Er richtet die Frage an die Verwaltung, ob für den Fall, dass der Ratsbeschluss so gefasst würde, es noch genügend Möglichkeiten der Feinjustierung gebe. Ansonsten sei ihm die Sache noch zu unwägbar, und aufgrund der Zeitabläufe nicht mehr klar zu fassen.

Herr Steuber möchte auf einen Termin aufmerksam machen. Die Investitionsvolumina müssten bis zum 30.06.2010 geltend gemacht werden. Möglicherweise müsse die Fragestellung dann entkoppelt werden.

Herr Dr. Schmidt macht den Vorschlag, den Punkt 3 des Beschlussvorschlages zu ergänzen.

Herr Haense erklärt, dass es in der Sache selbst noch viele Unwägbarkeiten gebe. Er halte die Signale der Kirche für deutlich. Vom Kirchenkreis sei eine klare Richtung aufgezeigt worden, nämlich die, im Kontext der Kindertageseinrichtungen neue Strukturen aufzubauen. Er bittet um Verständnis für deren dramatische Situation, in der man zunächst nicht wisse, wie es weitergehe.

Frau Haack macht deutlich, dass es ihr bei Formulierung des Beschlussvorschlages darum gegangen sei, dass die Kommunalaussicht zustimme, dass

diese freiwilligen Leistungen erfolgen dürften. Nach dieser Entscheidung könne man erst über die Gestaltung etwaiger Förderverträge entscheiden. Es sei zum Beispiel auch denkbar, Pauschalen zu errechnen. Das sei aber der zweite Schritt. Bis dahin läge ja auch hoffentlich die erste KiBiz-Abrechnung vor, aus denen man ersehen könne, ob die Bedarfe wirklich in dieser Form bestünden.

Herr Strüwer ist der Meinung, dass das von Herrn Haensel eingeforderte Verständnis für die Situation der Kirchen vorhanden sei. Das zeige auch die vorgelegte Beschlussvorlage. Man habe in den letzten beiden Jahren Kindergartenbedarfsplanungen unter dieser Prämisse geführt. Die Eigenanteile für die kirchlichen Einrichtungen seien von 21 auf 12 % reduziert worden. Die Träger stünden genauso unter finanziellem Druck wie die Stadt. Eine Abkehr von dem bisherigen Verfahren sei hier bereits in die Vorlage eingebracht worden. Man habe erkannt, dass man nur in einem partnerschaftlichen Verfahren zu einer vernünftigen Lösung in dieser Stadt kommen könne. Mit der Deckungsquote liege Hagen ganz weit vorn. Frühkindliche Förderung habe in dieser Stadt einen hohen Stellenwert. Wichtig sei eine Planungssicherheit für alle Beteiligten.

Er fasst die Ergebnisse aus der Diskussion zusammen.

Zeitdruck gebe es beim Invest. Die aufgeführten Maßnahmen seien in sich schlüssig. Dieser Bereich könne abgehakt werden.

Der zweite große Komplex sei die Maßnahmeplanung. Wie werde in den einzelnen Stadtbezirken die Planung umgesetzt? Da sei man sich auch im Großen und Ganzen einig. Eine Feinabstimmung werde zukünftig noch erfolgen.

In dem dritten Bereich gehe es um die Frage der Förderverträge. Hier sei noch vieles unklar. Hier greift er den Vorschlag von Herrn Dr. Schmidt auf.

Frau Schwertfeger schlägt außerdem vor, in dem Satz zu Punkt 3 das Wort „genannten“ herauszunehmen.

Abschließend stellt Herr Strüwer den erweiterten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

### **Beschluss:**

1. Der Rat der Stadt Hagen nimmt die Fortschreibung der Kindergarten-Bedarfsplanung wie dargestellt zur Kenntnis.
2. Die Planung wird zu Beginn des jeweiligen Kindergartenjahres umgesetzt.
3. Bei Zustimmung der Kommunalaufsicht sind mit den freien Trägern Förderverträge über die Zahlung freiwilliger Leistungen **zu entwickeln und dem Jugendhilfeausschuss zur Abstimmung vorzulegen.**

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

Dafür: 14  
Dagegen: 0  
Enthaltungen: 0

**10. Familienzentren in Hagen**  
**Vorlage: 0436/2010**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Reinke führt aus, dass bereits im letzten Jahr für die nächste Ausbaustufe die Stadtteile Westerbauer und Ernst festgelegt worden seien. Er möchte wissen, wo das entwickelt worden sei. In der Vorlage vom letzten Jahr seien Haspe und Elsey genannt worden. Wie gehe man damit um?

Weiterhin führt er aus, dass das ursprüngliche Ziel die Anzahl von 31 Familienzentren bis zum Jahr 2012 gewesen sei. Man habe im nächsten Jahr die Zielmarke von 17 Familienzentren erreicht. Sei die ursprüngliche Zielmarke zu erreichen?

Frau Haack antwortet, dass im letzten Jahr Haspe und Elsey geplant gewesen seien. Elsey sei im letzten Jahr umgesetzt worden. In Haspe habe es aus verschiedenen Gründen Schwierigkeiten gegeben. Daraufhin sei es auf dieses Jahr verschoben worden. Bezüglich des Erreichens der ursprünglichen Zielmarke erklärt sie, dass diese nicht zu erreichen sei. Sie gehe davon aus, dass die Gesamtzahlen runter gefahren würden.

Herr Strüwer stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss stimmt den Vorschlägen zur Gründung von 2 weiteren Familienzentren für Hagen ab dem Kindergartenjahr 2010/2011 zu.

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung die ausgewählten Einrichtungen bis zum 01.06.2010 an das Ministerium zu melden.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

Dafür: 14  
Dagegen: 0  
Enthaltungen: 0

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

**11. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates**

Herr Reinke erklärt, dass ihm eine gewerbliche Jugendhilfeeinrichtung in der Boeler Straße mit dem Namen „Future Kinder- und Jugendhilfe“ aufgefallen sei. Sei das eine Einrichtung, über die man im Ausschuss bereits gesprochen habe oder handele es sich um eine zusätzliche Einrichtung?

Herr Strüwer bittet die Verwaltung, die Frage zu klären und die Antwort dem Protokoll beizufügen (**siehe Anlage zu TOP 11**).

Ende des öffentlichen Teiles: 18.05 Uhr

gez. Willi Strüwer  
Vorsitzender

gez. Sabine Hogrebe  
Schriftführerin